



Ingrid Pahlmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon (030) 227 - 72341

Fax (030) 227 - 76067

[E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

Pressemitteilung

23.06.2015

Peine. „Der Sachstand zur Behördenstruktur für die Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ lautete gestern das Thema einer Sitzung der CDU Peine. Hierzu hatte Bundestagsabgeordnete Ingrid Pahlmann Vertreter des Betriebsrates der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) in Peine, lokale Vertreter der CDU, den Bundestagskollegen Uwe Lagosky aus Wolfenbüttel und Steffen Kanitz MdB, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied der Endlagerkommission zum Thema Kernenergie, eingeladen. Fest stand für alle Anwesenden: „Wir haben das gleiche Ziel“, wie es die Peiner CDU-Bundestagsabgeordnete Ingrid Pahlmann betonte. Alle wünschen sich, dass das neu zu gründende Bundesamt für kerntechnische Entsorgung nach Peine kommt - im Gespräch ist der Standort Stederdorf (PAZ berichtete).

Zum Hintergrund: Die CDU möchte auf Bundesebene eine schnellere und bessere Lösung für die Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe finden. Das jetzige Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter dürfe sich nach europäischem Gesetz nicht mehr um Regulierung und den Betrieb von Atommüll-Endlagern kümmern.

Deshalb muß jetzt nach Gesetzeslage eine Trennung vorgenommen werden. Allerdings soll laut Kanitz und Pahlmann: „um einen optimalen Betrieb gewährleisten zu können die Betreiberaufgaben des BfS, der DBE und der Asse-GmbH in einer Bundesgesellschaft zusammengeführt werden“. Wichtig sei ihrer Meinung nach, dass der Forschungsvorsprung in diesem Bereich auch in Zukunft gehalten wird. Dieses neue Bundesamt solle dann sowohl die Regulierung als auch den Betrieb der Endlager steuern. Klar ist für sie: „Niedersachsen ist den anderen Bundesländern hier deutlich voraus, und Peine hat eine starke Position“.

„Wir dürfen diese Neustrukturierung nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer durchführen. Wir wollen die Arbeitsplätze in Peine behalten und eine gute Lösung für alle Unternehmen finden“, erklärte dazu DBE-Betriebsratsvorsitzender Gregor van Beesel. Diese Aussage konnte Pahlmann nur unterstützen.

„Es ist wichtig, dass wir die Erfahrung der Unternehmen und Mitarbeiter nicht verlieren, sondern kombinieren. Aus kommunalpolitischer Sicht ist für den CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Andreas Meier der Standortfaktor Peine und die damit in Peine und der Region lebenden Arbeitnehmer mit ihren Familien für den Wirtschaftsraum Peine immens wichtig.“

Steffen Kanitz betonte, dass diese Zusammenführung nicht Zukunftsmusik sei, sondern so schnell wie möglich erfolgen müsse. Noch diesen Herbst soll ein erster Gesetzesentwurf in Berlin vorgelegt werden, damit sich die Zukunft der Endlagerung endlich auf einem guten Weg befindet.